



Mehr Düsentriebs statt Aktionismus!

Warum eine innovative
Industrie dem Klima mehr
bringt als manche NGOs.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



INTERNATIONAL CORNER

Warum die WTO-Regeln dringend
ein Update benötigen

Seite 2



AUSBLICK

Wie Industrieunternehmen die
Fachkräfte-Situation einschätzen

Seite 5



WIEN

Die „Wien 2030“-Leitprojekte
stellen sich vor

Seite 10

Warum die WTO-Regeln dringend ein Update benötigen

Während sich die Welthandelsarchitektur verändert hat, steckt die Welthandelsorganisation im Reformstau fest. An welchen Schrauben gedreht werden muss, zeigen IV-Experten für internationale Beziehungen und Märkte.

Es kann in der WTO nicht so weitergehen wie bisher. Das sagt die nigerianische Ökonomin Ngozi Okonjo-Iweala, die im März als neue Generaldirektorin der Welthandelsorganisation angetreten ist. Baustellen gibt es jedenfalls mehr als genug: Seit dem Scheitern der 2001 gestarteten Doha-Runde gab es keine größeren Handelsliberalisierungen mehr. Im Gegenteil: Zusatzzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa

Konformitäts- und Anerkennungsverfahren aufgrund unterschiedlicher Standards – sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

Faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer

Verstöße gegen bestehende Handelsregeln wie verbotene Subventionen (v.a. Exportsubventionen) können oftmals nicht sanktioniert werden. Reformen für faire

Handelsregeln blieben bisher häufig auf der Strecke, weil einzelne Staaten aus nationalstaatlichen Gründen ein Veto einlegten. Eine der Errungenschaften der WTO, die Streit-schlichtung bei Handelsdisputen, ist gelähmt, weil die Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahren die Ernennung neuer Berufungsrichter blockieren. Die Berufungsinstanz ist deshalb seit Dezember 2019 handlungsunfähig.

Dabei bräuchte das Regelwerk der 1994 gegründeten Organisation dringend ein Update: Mit dem Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt hat sich die Welthandelsarchitektur massiv verschoben. Die stark exportorientierte österreichische Industrie fordert daher eine Trendwende: „Es braucht faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Das derzeitige Welthandels-system ist nicht mehr zeitgemäß und muss dringend an die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft angepasst werden“, lautet das Credo der IV-Experten für internationale Beziehungen und Märkte.

Handelsliberalisierungen in den Fokus

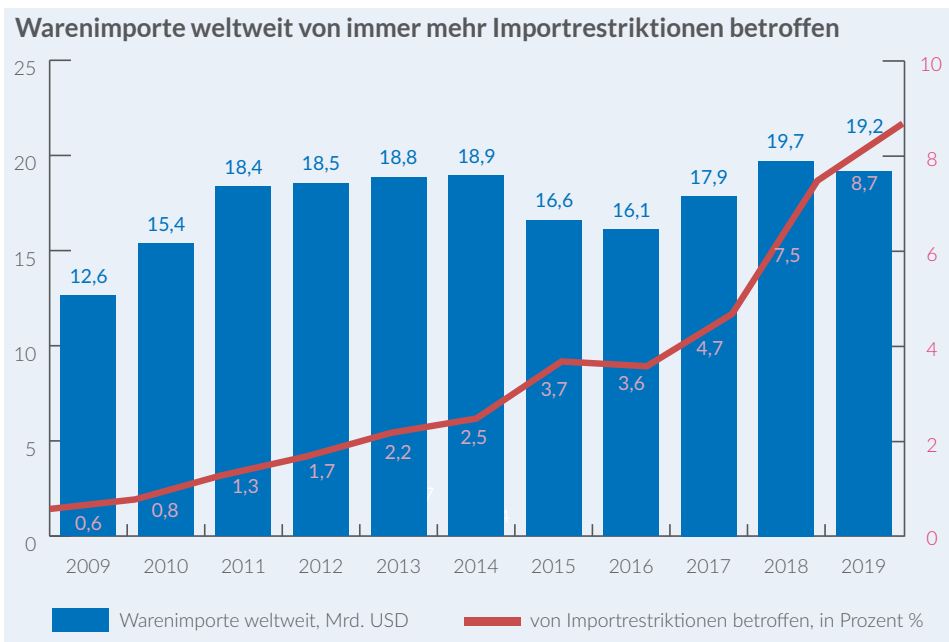
Was muss also auf die Reform-Agenda der WTO? Dringend notwendig sind Verbote und Sanktionsmöglichkeiten gegen erzwungene Technologietransfers, geistiges Eigentum muss besser geschützt werden. Ebenso müssten wettbewerbsverzerrende Subventionen stärker geahndet werden – vor allem

jene, die zur bewussten Produktion von Überkapazitäten führen und Marktpreise destabilisieren. Auch muss das WTO-Ziel, Handelsliberalisierungen durchzusetzen, wieder in den Fokus rücken, Protektionismus ist der falsche Weg. Die WTO ist mittlerweile auf 164 Mitgliedsländer gewachsen. Um ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen, sollte ein einfaches Mehrheitsprinzip die bisher erforderliche Einstimmigkeit bei jeglichen WTO-Entscheidungen ablösen. Zudem sollten bedeutende Volkswirtschaften wie China, Indien oder Russland dem Government Procurement Agreement beitreten. Dieser Vertrag regelt den Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Auch sollte der Entwicklungslandstatus nach klaren ökonomischen Kriterien vergeben werden und nicht nach einer Selbsteinschätzung. Länder wie China verschaffen sich dadurch ungerechtfertigte Vorteile.

Jetzt muss die WTO beweisen, dass sie Zukunft hat. Generalsekretärin Ngozi Okonjo-Iweala hat angekündigt, Veränderungen anzugehen: „Wir brauchen jemanden, der in der Lage ist, Reformen voranzutreiben – und das bin ich.“

WEBTIPP

Die ausführliche IV-Analyse „Die WTO zukunftsfit machen“ finden IV-Mitglieder in ihrer **IVTopApp**.



Immer mehr Zusatzzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse gefährden den Wohlstand. Die WTO muss mit einem adaptierten Regelwerk gegensteuern.

GASTKOMMENTAR

Alles steht und fällt mit der Bildung

Die Forderungen nach einer Stärkung des Kapitalmarkts haben ihre Berechtigung. Wichtigstes Rädchen, an dem es zu drehen gilt, ist das Finanzwissen der Österreicher.

Wer nichts weiß, muss alles glauben. Was einst schon Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach formulierte und die Wissenschaftskabarett-Gruppe „Science Busters“ als Motto gegen das Unwissen auserkoren hat, gilt auch für die Wirtschaftswelt – und ganz besonders für den Kapitalmarkt. Auch wenn es bereits gesagt wurde: Bildung ist der wichtigste Schlüssel, um dem Kapitalmarkt und seinen potenziellen Anlegern auf die Beine zu helfen.

Angst ist gerade in Pandemie-Zeiten ein schlechter, wenn auch nachvollziehbarer, Ratgeber. Dass ein Großteil der Österreicher das Geld nach wie vor lieber hortet als anlegt, zeigt ein Blick auf die Daten der Nationalbank. Per Februar 2021 haben private Haushalte knapp 193 Mrd. Euro an täglich fälligen Einlagen liegen – 2015 waren es knapp 108 Mrd. Euro. Sparkonten sind weiter das Spar-Mittel der Wahl. Auch wenn das Interesse für den Kapitalmarkt gestiegen und die Thematik durch Gamestop und Co. ins breite öffentliche Interesse gerückt ist.

Warum Bildung so wichtig ist? Der Satz „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ist zwar in den allermeisten Fällen falsch, was aber richtig ist:

Im Erwachsenenalter ist es deutlich schwieriger, die Scheu vor dem Kapitalmarkt zu verlieren. Denn wer schon bei der Definition der Begriffe ETFs und Anleihen ein ungutes Gefühl in der Magengrube bekommt, wird

„In der Bedeutung der Kapitalmärkte hinkt Österreich bekanntlich international deutlich hinterher, beim Wagniskapital besonders.“

sich nicht näher mit dem Thema befassen wollen. Je früher der Kapitalmarkt also auf der persönlichen Agenda ist, desto besser – Stichwort Schule.

Dabei müssen auch wirklich alle Schüler erreicht werden, und zwar von unabhängigen Experten. Denn neben den altbekannten Risiken am Kapitalmarkt zeigen auch die neuen Trends, wie wichtig Wissen ist – Stichwort

Robinhood. Es braucht Eigeninitiative und Fachwissen, um solche Geschäftsmodelle zu verstehen und eigene Risiken abschätzen zu können.

Übrige Handlungsfelder wurden bereits vielerorts gefordert, etwa steuerliche Anreize wie die ohnehin schon ins Auge gefasste Wiedereinführung einer Behaltfrist, ab der Gewinne auf Wertpapiere steuerfrei sind. Dennoch stößt man auch hier auf das Grundproblem Bildung. Wer sich nicht auskennt, dem hilft der schönste steuerliche Anreiz nicht. Das fällt schlussendlich allen auf den Kopf. Unternehmen, verhinderten Anlegern und dem Staat. In der Bedeutung der Kapitalmärkte hinkt Österreich bekanntlich international deutlich hinterher, beim Wagniskapital besonders.

Natürlich gibt es auch bei den Unternehmen Hebel, an denen man ansetzen könnte. Auch sie sind bekannt – etwa die schon vor der Krise viel geforderte Eigenkapitalstärkung, die Unternehmen resilienter macht. Eine Maßnahme zur Stärkung des Kapitalmarkts kann eine steuerliche Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital sein. Solche Maßnahmen müssen Hand in Hand mit dem Schmachhaftmachen des Kapitalmarkts für Private gehen. Kommen die Gelder weg von den Sparkonten hinein in den Kapitalmarkt,

gibt es mehr Rendite für die privaten Anleger und frisches Geld für die Unternehmen. Nicht zuletzt profitieren auch die heimischen Banken, weil sie für geringere Spareinlagen, die stattdessen am Kapitalmarkt ihre Dienste tun, weniger Zinsen an die EZB zahlen müssen.

Ideen zur Belebung des Kapitalmarkts gibt es genug, sie müssen auf politischer Ebene diskutiert und umgesetzt werden – rasch. Denn essenziell ist ein unverzügliches Handeln, auch und gerade beim Thema Bildung.



Anita Kiefer ist Wirtschaftsredakteurin der Tageszeitung „Kurier“.

Der Aufschwung wird kräftig...

...wenn jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Impf-Offensive und Comeback-Plan spielen dabei Schlüsselrollen.

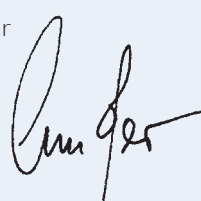
Österreichs Produktionssektor und Kreditwirtschaft haben entscheidenden Anteil daran, dass der Wirtschaftsmotor in Österreich trotz Pandemie am Laufen geblieben ist. Und ebenso ist die Industrie jetzt startklar für einen Aufschwung, von dem ganz Österreich profitieren wird. Wie kräftig dieser Aufschwung ausfallen wird, hängt entscheidend auch von den Rahmenbedingungen dafür ab. Die drei wichtigsten Weichenstellungen:

- Die Impfung ist in jeder Hinsicht ein game changer – gerade auch für die wirtschaftliche Gesundheit unseres Landes. Nach der Versorgung der Hochrisiko-Gruppen mit Vakzinen muss es auch eine Priorität für Schlüsselkräfte der Industrie geben – etwa für jene, die im Ausland österreichische Produkte verkaufen oder Anlagen errichten. Tatsache ist: Viele Konkurrenten aus anderen Staaten können ihre Beschäftigten bereits zu Kunden in wichtige Märkte entsenden, weil diese Länder mit ihrer Impfstrategie bereits weiter sind. Geimpfte Schlüsselkräfte sind ein wichtiger Standortfaktor, den wir uns rasch sichern müssen.
- Die Standortattraktivität für Investitionen, die den Aufschwung stärken, muss durch ein entsprechendes Standortpaket verbessert werden. Die von der Industrie empfohlene Investitionsprämie ist ein gutes Beispiel für Maßnahmen, die auf dieses Ziel einzahlen. Denn klar ist: Nur, wo investiert wird, können Zukunft und Beschäftigung wachsen. Auch die

Stärkung des Eigenkapitals von Betrieben ist jetzt ein wichtiges Thema für krisenfestes Wachstum und Aufschwung. Dass die Bundesregierung in ihrem Comeback-Plan die Standortstärkung zum Schwerpunkt erklärt hat, ist ein wichtiges Signal. Jetzt geht es darum, diesen Plan mit Leben und entsprechenden Maßnahmen zu füllen – und konzertierte umzusetzen.

- Eine kluge Politik für Aufschwung und Beschäftigung ist auch im Kontext der Klimaschutzziele unverzichtbar. Unseren Betrieben noch schärfere Umweltziele aufzubürden ist der Weg in die wirtschaftliche und ökologische Sackgasse: Die Absiedelung von Betrieben an Standorte mit niedrigeren Standards gefährdet Aufschwung, Jobs und Umwelt. Wir brauchen daher wirksame Unterstützung für die Transformation (siehe Titelgeschichte), gerade mit Blick auf Forschung und Übergangslösungen.

Das Licht am Ende des ökonomischen Krisen-Tunnels ist ein starker, erfolgreicher Industriestandort Österreich. Er braucht jetzt die besten Rahmenbedingungen, damit der Aufschwung so kräftig, rasch und nachhaltig wie möglich ausfallen kann.

Ihr


Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär



WIRTSCHAFTSWECHSEL



„Darum geht es bei Reformen: Nicht ums Kürzen, sondern wie schaffe ich den größten Output mit dem geringsten Input? Da haben wir noch ganz viel zu tun.“

Monika Kircher,
 Aufsichtsratsmitglied u.a.
 bei Andritz AG und
 Siemens AG Österreich



„Österreich soll international als automotive-freundliches Land wahrgenommen werden. Alle Aufträge, die dieser Wirtschaftszweig hat, kommen von internationalen Herstellern.“

Günther Apfalter,
 Präsident von Magna Europa und Asien



„Die gegenwärtige Krise muss genützt werden, um alles, was in kurzer Zeit digital erreicht wurde, voranzutreiben.“

Sabine Herlitschka,
 Vorstandsvorsitzende
 Infineon Technologies Austria AG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 18. April war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

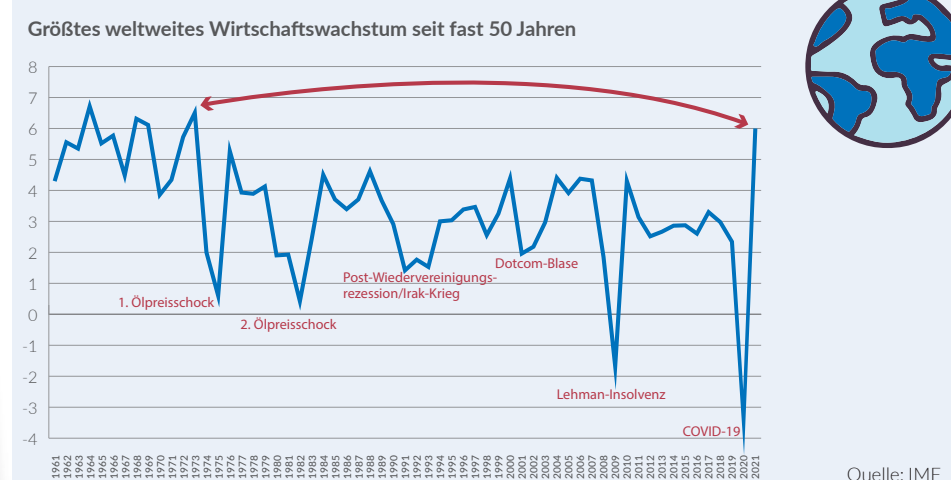
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

International gesehen ist der Aufschwung schon seit Monaten Realität. In seiner aktuellen Prognose erwartet der IMF ein Wachstum von real sechs Prozent für die Weltwirtschaft. Wenn dies so einträte, handelte es sich um die stärkste weltweite Expansion in den vergangenen fünf Jahrzehnten – stärker ist die Weltwirtschaft zuletzt im Jahr 1973 vor dem ersten Ölpreisschock gewachsen.

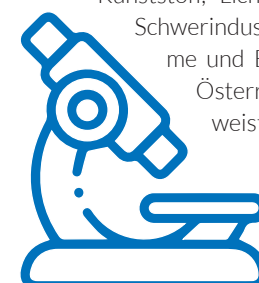
Getragen wird die globale Erholung von den beiden weltgrößten Volkswirtschaften. Die USA und China sprinten Europa mit einem Anstieg von voraussichtlich sechseinhalb bis achteinhalb Prozent davon. Vergleichsweise bescheiden nimmt sich die Wachstumsdynamik in der Eurozone aus, die nur etwas mehr als halb so kräftig ausfallen wird wie jene auf der anderen Seite des Atlantiks.



ZAHL DES MONATS

7

Die Corona-Krise hat dem Erfindergeist Österreichs keinen Abbruch getan: Im internationalen Vergleich belegt Österreich mit 2.303 Patentanmeldungen Rang 14 des Patent Index 2020 des Europäischen Patentamts (EPA) und schafft somit ein stabiles Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Betrachtet man die Patentdichte im Verhältnis zur Einwohnerzahl, liegt Österreich global sogar auf Rang sieben. Besonders innovativ sind hierzulande Unternehmen aus den Bereichen Kunststoff, Lichtsysteme, Halbleiter, Schwerindustrie, Antriebssysteme und Beschlägerherstellung. Österreichs Industrie beweist somit Krisenresistenz und zeigt, dass mit Hilfe ihrer Innovationskraft der Aufschwung gelingen wird.



Der (noch) blockierte Aufschwung?

International stehen die Zeichen auf Wachstum. Wie Österreich davon profitieren kann und was einer kräftigen Erholung noch im Weg steht, zeigt eine aktuelle Analyse von IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

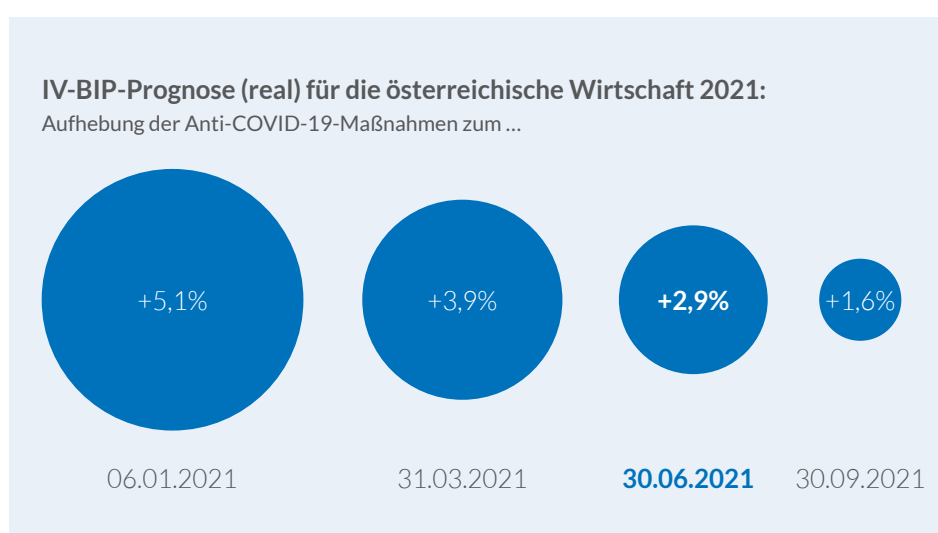
Sie sind 2021 die Sprinter im weltweiten Konjunkturaufschwung: Während der Internationale Währungsfonds für die USA einen BIP-Anstieg von 6,4 Prozent prognostiziert, soll Chinas Wirtschaft laut OECD um 7,8 Prozent zulegen. Vergleichsweise bescheiden ist die Wachstumsdynamik in der Eurozone, die nur etwas mehr als halb so kräftig ausfallen wird wie jene auf der anderen Seite des Atlantiks.

„Global hat der Aufschwung längst eingesetzt“, erklärt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Das belegt etwa der RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Demnach hat der Welthandel sein Prä-COVID-Niveau bereits deutlich überschritten. Auch der vom Institute for Supply Management veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Neuauftragseingänge in der US-Industrie deutet

„Global hat der Aufschwung längst eingesetzt.“

Christian Helmenstein
IV-Chefökonom

mit einem Wert jenseits der 60 Punkte auf den Beginn einer Boomphase. Zudem verweist Helmenstein auf die Preise wichtiger Industrie-Rohstoffe wie Kupfer oder Eisen,



Je rascher die Corona-Maßnahmen aufgehoben werden können, desto höher das BIP-Wachstum. Sollte das bis spätestens Ende Juni erfolgen, könnte Österreichs Wirtschaft noch um 2,9 Prozent zulegen.

die bereits „Hochkonjunkturniveau erreicht“ hätten. Interessantes Detail: Während die Effekte der COVID-19-Pandemie auf den Welthandel binnen vier Monaten bereits weitgehend überwunden wurden, waren dazu nach der Lehman-Krise 2008/09 acht Quartale erforderlich.

Industrie überschreitet Vor-Krisen-Niveau

Für die stark exportorientierte heimische Industrie sind das grundsätzlich gute Nachrichten. „Zum ersten Mal in der Neuzeit trifft eine konjunkturelle Großkrise nicht primär die Industrie, sondern vor allem den Dienstleistungssektor“, erörtert Helmenstein. Er rechnet damit, dass Österreichs Industrie spätestens mit Februar 2021 das Prä-COVID-Produktionsniveau

nachhaltig überschritten haben dürfte. Die gesamte Volkswirtschaft wird aus heutiger Sicht mindestens vier bis fünf Quartale länger benötigen.

„Die Industrie hat die Pandemie professionell gemeistert und inzwischen die Rolle der Wachstumslokomotive für Österreich übernommen. Allerdings gilt es zwischen den Branchen zu unterscheiden“, lautet die Analyse des Ökonomen. Eine besonders kräftige Erholung war für die Fahrzeugindustrie und die chemische Industrie zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu sind jene Bereiche stark getroffen, die unter den Corona-Maßnahmen direkt oder indirekt leiden, wie etwa die Luftfahrtzulieferer oder die Brauereien.

Effektive Test-, Tracing- und Impfstrategie

Helmenstein ist überzeugt, dass Österreich am kräftigen internationalen Aufschwung partizipieren kann: „Alle drei Hauptnachfragekomponenten des BIP – Konsum privater Haushalte, Exporte und Ausrüstungsinvestitionen – bergen ein enormes Erholungspotenzial für die österreichische Wirtschaft. Sobald erstens die uneingeschränkte Erreichbarkeit der Märkte wiederhergestellt ist, ist mit einem merklichen Anziehen der Exporte zu rechnen. Würde sich zweitens die COVID-bedingt nahezu verdoppelte Sparquote im Jahresverlauf lediglich von derzeit 14 auf neun Prozent zurückbilden, impliziert dies eine zusätzliche Konsumnachfrage in Höhe von 11,25 Mrd. Euro binnen Jahresfrist. Im Vorgriff auf die kommende Konjunkturerholung sowie zur weiteren Digitalisierung des Wirtschaftens, kräftig unterstützt durch die Investitionsprämie, liegen drittens die Ausrüstungsinvestitionen bereits im Plus.“

Voraussetzung ist und bleibt aber die rasche Bekämpfung der Pandemie mit einer effektiven Test-, Tracing- und Impfstrategie. Wegen der epidemiologischen Lage hat der IV-Chefökonom einen Prognosefächer errechnet: Je rascher die Corona-Maßnahmen aufgehoben werden können, desto höher das BIP-Wachstum. Sollte das bis spätestens Ende Juni erfolgen, könnte Österreichs Wirtschaft noch um 2,9 Prozent zulegen. Enden die Einschränkungen erst Ende September, würde der Anstieg auf magere 1,6 Prozent zurückgehen.



Industrie-Austausch mit Wirtschaftslandesräten

Bei einer Video-Konferenz mit den Wirtschaftslandesräten aller Bundesländer im März betonte IV-Präsident Georg Knill die Bedeutung der Industrie für das Land: „Eine starke Industrie, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sowie Zuversicht und Optimismus sind die Grundpfeiler, mit denen wir die Corona-Krise bewältigen und ein erfolgreiches Comeback der Wirtschaft schaffen können.“ Bei den großen Herausforderungen unserer Zeit – Bewältigung der Corona-Pandemie sowie die grüne und digitale Transformation – sei die Industrie mit ihrer Innovationskraft und Umsetzungskompetenz wichtiger Teil der Lösung. Zudem plädierte der IV-Präsident einmal mehr, dass nach den vulnerablen Gruppen vor allem die Schlüsselarbeitskräfte in der exportorientierten

Industrie schnell(er) geimpft werden müssten. Knill: „Jeder Tag zählt. Die Mitarbeiter – seien es Montage- & Service- oder Verkaufsteams – müssen rasch wieder ihre Kunden in der Welt erreichen können.“

Weitere Themen waren die Energie- und Mobilitätswende sowie die Dauer von Genehmigungsverfahren bei standortrelevanten Projekten, resiliente Logistikketten, Infrastruktur und Raumplanung sowie Lehrlingsausbildung und Fachkräftemangel. Oberösterreichs Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner betonte bei dem Austausch: „Wichtig zur Absicherung der Industrie und damit der Arbeitsplätze in unserem Land ist auch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch die öffentliche Hand.“

Wettbewerbsfähigkeit ist das Um und Auf

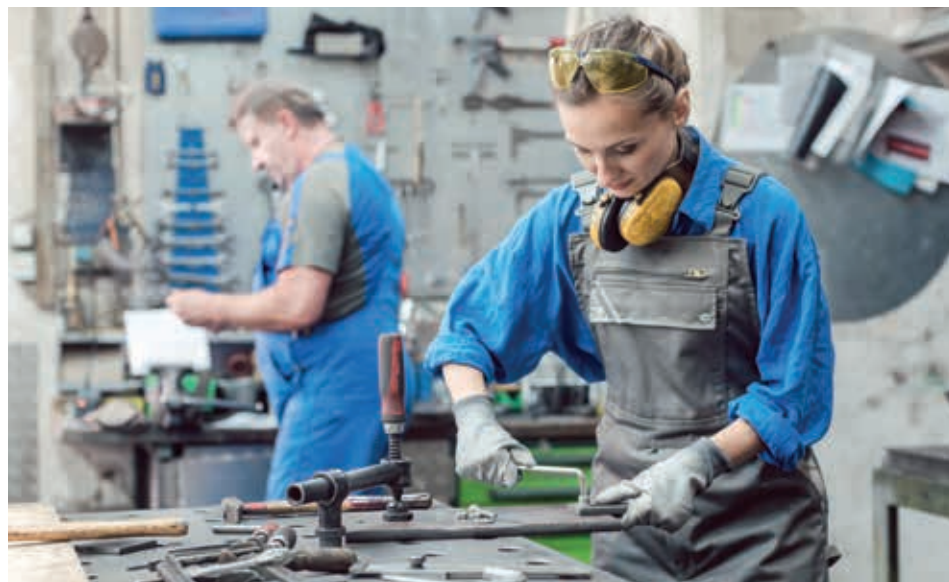
Mit dem „Comeback-Plan“ der Bundesregierung gilt es nicht nur, an die Entwicklung von 2019 anzuschließen – wir müssen darüber hinauswachsen. Das betonte IV-Präsident Georg Knill in der ORF-„Pressestunde“ im April. „Wettbewerbsfähigkeit ist das Um und Auf. Das müssen wir auf den letzten Metern dieses Pandemie-Marathons im Blick haben, wenn es jetzt um Konzepte geht, wie der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt aus der Krise kommt.“ Die Industrie plädiert für investitionsstärkende Maßnahmen, wie etwa die Investitionsprämie, sowie eigenkapitalstärkende und entlastenden Maßnahmen, wie etwa die im Regierungsprogramm festgelegte KÖSt-Senkung auf 21 Prozent. „Das würde einen unheimlichen Investitionsschub bringen, den wir dringend brauchen.“

Die für Österreich vorgesehenen Gelder aus dem EU-Wiederaufbauplan müssten sinnvoll eingesetzt werden. Schwerpunktmäßig geht es um Digitalisierung und Klimaschutz. Gerade das Thema neue Technologien sei wesentlich – vor allem beim Klimaschutz, „zu dem wir uns als österreichische Industrie voll und ganz bekennen“, hielt Knill fest, der unter anderem auf die Bedeutung internationaler strategischer Partnerschaften hinwies: „Das braucht Europa, um Liefer- und Wertschöpfungsketten sowie die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern.“ Dies sei wesentlich, damit Europa die technologische Transformation mitgestalten kann und nicht weitere Abhängigkeiten entstehen. „Wir sehen auch, dass Produktion allein nicht reicht, wir müssen Warenströme, Lieferketten und die Rohstoffversorgung sicherstellen“, so Knill.



Lücke zwischen Qualifikationsbedarf und Verfügbarkeit klafft auseinander

Der Fachkräftemangel ist gegen Corona immun. Wie die Unternehmen die Situation einschätzen und welche Qualifikationen in den nächsten Monaten besonders gefragt sind, belegt eine IV-Mitgliederumfrage.



Die Corona-Krise hat den Fachkräftemangel nur vorübergehend gedämpft. Trotz hoher Arbeitslosigkeit bleibt die Suche nach qualifiziertem Personal für die überwiegende Mehrheit der Industriebetriebe eine zentrale Herausforderung. Das geht aus einer IV-Blitzumfrage unter 310 heimischen Industrieunternehmen hervor, die direkt rund 200.000 Arbeitsplätze in Österreich sichern. Wie hat sich die Verfügbarkeit von Fachkräften im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit vor einem Jahr verändert? Rund 38 Prozent der Firmen geben an, dass sich die Situation sogar weiter verschärft hat.

Industrie sucht Lehrlinge

An Bedeutung gewinnen wird daher das Thema Aus- und Weiterbildung. Genau

hier orten viele Betriebe den Kern des Problems: Die Lücke zwischen Qualifikationsbedarf und Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt klafft auseinander. Welche Qualifikationen sind in der Industrie besonders nachgefragt? 83 Prozent der befragten Unternehmen erwarten im Bereich Technik und Produktion den größten Fachkräftebedarf. Für rund 40 Prozent wird bei der Informationstechnologie qualifiziertes Personal besonders stark nachgefragt sein, jedes dritte Unternehmen sucht für Forschung & Entwicklung. Die besten Jobperspektiven haben Personen mit HTL- oder HAK-Abschluss – hier erwartet mehr als jedes zweite Unternehmen (54 Prozent) hohen Bedarf, gefolgt von Absolventen einer Lehre (53 Prozent) und Hochschulgraduierten (45 Prozent).

Mit mehr als 16.000 Lehrlingen ist die Industrie zweitgrößter Lehrlingsausbildner im Land. Auf Bundes- und Länderebene hat die IV in den vergangenen Wochen klar kommuniziert, dass die Bereitschaft der Unternehmen nach wie vor groß ist, Lehrlinge aufzunehmen. Viele Unternehmen – gerade in industriestarken Regionen – können ihre Lehrplätze nicht besetzen. Jedes dritte Unternehmen gibt an, dass die Zahl der Bewerbungen merkbar abgenommen hat. Ein Problem ist die Corona-Aufstiegs Klausel: Der Anteil der BHS-Schüler, die nach Ende der Pflichtschulzeit eine Lehrstelle antreten, ist um 15 Prozent gesunken, weil viele mit einem oder mehreren Fünfern aufsteigen konnten.

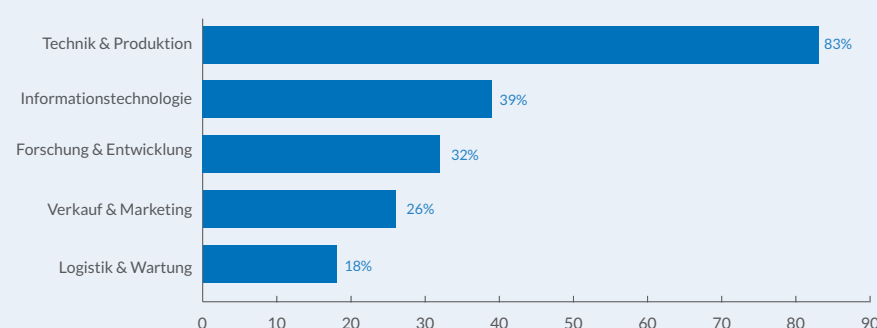
11.500 neue Mitarbeiter

Was ist notwendig, um Weiterqualifizierung von Mitarbeitern voranzutreiben? Zwei Drittel der Unternehmen sehen als

wichtigste Maßnahme, dass die Beschäftigten mehr Bereitschaft und Motivation für Weiter- und Umqualifizierungsmaßnahmen an den Tag legen müssen. An zweiter Stelle stehen zusätzliche physische Aus- und Weiterbildungsangebote (40 Prozent). Jeder dritte Betrieb schlägt weitere öffentliche finanzielle Mittel vor.

Aus gutem Grund setzt sich die IV für eine Angebotsoffensive der bestehenden Bildungseinrichtungen für umfassende Weiterbildung, Neu-Qualifizierung und lebenslanges Lernen ein. Der Handlungsbedarf ist groß. Denn – und das ist die gute Nachricht – alleine die 310 Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, planen in den nächsten Monaten, mehr als 11.500 neue Mitarbeiter einzustellen, wenn die österreichische Wirtschaft wieder auf den gewohnten Wachstumspfad zurückkehrt.

Die Top 5-Bereiche, in denen Industrieunternehmen den größten Fachkräftebedarf erwarten



Kapitalmarkt: Nicht nur Awareness, sondern steuerliche Anreize schaffen

Gerade einmal jeder Vierte, der noch nicht an der Börse veranlagt ist, ist prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds interessiert. Lediglich vier Prozent der befragten Österreicher geben an, sich sehr gut mit Veranlagungen an der Börse auszukennen. Eine Umfrage des Aktienforums zeigt, dass sich der Kapitalmarkt in der Meinung der Bevölkerung zwischen vermeintlich „bekanntem Unwesen“ und „unbekanntem Wesen“ bewegt. Eine aktuelle Detailauswertung weist zudem aus, dass Frauen deutlich risikoaverser sind als Männer. Während 25 Prozent der befragten Männer angeben, dass in ihrem Haushalt Geld in Form von Aktien angelegt ist, sind es bei den Frauen nur zehn Prozent. Bei „anderen Wertpapieren“ liegt dieser Wert bei 16 Prozent (Männer) bzw. acht Prozent (Frauen).

Die neue IV-Task Force „Kapitalmarkt und Unternehmensfinanzierung“ beschäftigt sich intensiv damit, wie das Interesse der Österreicher für dieses wichtige Thema gestärkt werden kann. „Wissen ist die beste Risikovorsorge, weil man Entwicklungen besser einschätzen kann. Die Aktienmärkte sind im Februar und März des Vorjahres drastisch eingebrochen, die meisten haben sich aber bis Jahresende wieder erholt. Das muss man wissen und einschätzen können“, erklärt die Task Force-Vorsitzende und

Vorständin der Oesterreichischen Kontrollbank, Angelika Sommer-Hemetsberger. Konkret basiert die Arbeit der Task Force auf drei Säulen: „Neudenken der Unternehmensfinanzierung – Finanzierungspalette verbreitern“, „Erleichterte regulatorische Anforderungen an den Kapitalmarkt“ sowie „Private und betriebliche Altersvorsorge weiterentwickeln“. Dabei gilt es, nicht nur das Bewusstsein in der Bevölkerung zu schärfen, sondern Wert und Nutzen eines starken Kapitalmarkts der Politik sichtbar zu machen. „Es wäre schön, wenn es hier nicht nur so weit geht, Awareness zu schaffen, sondern es auch Förderungen und Incentives gäbe – in dem man etwa steuerliche Anreize schafft, um Ansparrpläne zu fördern.“ Auch soll den Menschen die Scheu vor dem Kapitalmarkt genommen werden: Sommer-Hemetsberger: „Wichtig ist uns zu betonen, dass die Teilnahme am Kapitalmarkt nichts Elitäres ist.“



Angelika Sommer-Hemetsberger leitet die IV-Task Force „Kapitalmarkt und Unternehmensfinanzierung“.



Industrie hat Österreich am Laufen gehalten

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig der Beitrag der Industrie und ihrer Beschäftigten für Versorgungssicherheit, sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität in Österreich ist. Entscheidend war und ist, dass die Produktion während der Corona-Maßnahmen aufrecht bleiben und damit weitergearbeitet werden konnte. Sichtbar wurde auch, wie

wichtig aufrechte und funktionierende Lieferketten sind. Mit ihrer aktuellen Social Media-Initiative „Respekt“ weist die IV darauf hin, wie viele Menschen und Unternehmen dahinterstehen, damit wir täglich mit lebensnotwendigen und allgemeinen Gütern versorgt werden. Daher ist es auch wichtig zu sagen: „Danke für Euren Einsatz, der Österreich am Laufen hält.“

Realistischer Weg statt absurder Forderungen

Was die Industrie für das Klima leisten kann, wenn man sie lässt: Zwischen grüner Klimapolitik und innovationsgetriebenem Klimaschutz, der tatsächlich wirkt, liegen oft Welten. Die Industrie zeigt auf, wie Klimamaßnahmen aussehen müssen, die dem Klima helfen – und die Zukunft der (energieintensiven) Produktion im Land sichern. Beides ist möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Darf es noch ein bisschen mehr sein? Die EU-Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent zu senken, ist eine gewaltige Herausforderung. Trotzdem gibt es Stimmen, welche die Einsparungsvorgaben in Europa und Österreich noch weiter nach oben schrauben wollen. Das übrigens zu einem Zeitpunkt, zu dem China 300 neue Kohlekraftwerke errichtet, die über 700 Mio. Tonnen CO₂ emittieren werden. Zum Vergleich: Ganz Österreich stößt pro Jahr 80 Mio. Tonnen CO₂ aus.

Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Wer das Ende allen CO₂-Ausstoßes vor 2040 fordert, tut das leider im Wissen, dass das erstens technisch nicht realisierbar ist und dass das zweitens dem weltweiten Klimaschutz wenig nützt. Faktenbasierte Klimaschutzpolitik sieht anders aus.“ Dazu kommt: Klimaschutz-NGOs und Grün-Politiker erzählen ihren Sympathisanten und Spendern mit den kolportierten wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes nur einen Teil der Wahrheit. Der andere Teil lautet: Klimaschutz kostet ein Vermögen – und wird am Ende von den Konsumenten und Steuerzahlern zu tragen sein. „Diese unbequeme, aber fundamentale Wahrheit muss klar kommuniziert werden – sonst gibt es ein böses Erwachen“, fordert IV-Präsident Knill.

Vorreiter statt Bremser

Die Devise der Industrie in Sachen Klimaschutz: Vernünftige Klimapolitik muss so gestaltet werden, dass dem Klima geholfen wird, aber (energieintensive) Produktion im Land weiter möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Nur das sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und damit nachhaltigen sozialen Frieden. „Weder Klima noch Umwelt wäre langfristig gedient, wenn wir umweltfreundlich produzierende Wirtschaft und Arbeitsplätze durch immer härtere Auflagen in Länder vertreiben, in denen Klimaschutz leider nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle spielt. Das schafft neue, fatale Abhängigkeiten bei bestimmten Gütern und schadet dem Weltklima weit mehr, als es je nützen könnte“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Für die IV ist wichtig, dass das eingefahrene Schwarz-Weiß-Denken von Umweltpolitikern und Umweltschutz-NGOs endlich der Vergangenheit angehört. Neumayer: „Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, wir sind Vorreiter. Wir sind Teil der Lösung. Nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO₂-Emissionen produziert als in Österreich. Auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark in der Nachhaltigkeit. Die Zulieferindustrie hat sich bei Klimatechnologien ebenfalls stark aufgestellt. Für all diese Leistungen haben Unternehmen, die im rauen internationalen Wettbewerb stehen, gewaltige Investitionen getätigt. Klima und Volkswirtschaft können darauf nicht verzichten.“ Zahlreiche Beispiele zeigen, welche Anstrengungen Österreichs Industriebetriebe rund um Forschung und Entwicklung für den Klimaschutz unternehmen – und wie erfolgreich sie dabei sind (siehe Kasten).

„Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, wir sind Vorreiter. Wir sind Teil der Lösung.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Weichen richtig stellen

Entscheidend ist jetzt, dass die klima- und industriepolitischen Weichen richtig gestellt werden. Der Industriellenvereinigung ist es insbesondere ein großes Anliegen, dass auch jene Unternehmen mitgenommen werden, für die hohe Energie-Kosten ein zentraler Wettbewerbsfaktor sind. Und das aus gutem Grund: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der energieintensiven Industrie – von Papier über Stahl bis Baustoff – ist erheblich. „Die Unternehmen der energieintensiven Industrie sichern in Summe rund 390.000 Arbeitsplätze. Mehr als jeder elfte Arbeitsplatz in

„Die energieintensive Industrie soll dabei unterstützt werden, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen.“

Peter Koren
IV-Vize-Generalsekretär

Österreich hängt an diesem Sektor“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. Nach neuen Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts sorgt die energieintensive Industrie für 17 Mrd. Euro an Löhnen, Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben.

Aufschwung dekarbonisiert gestalten
Nachhaltiger Klimaschutz und energieintensive Produktion können und müssen eine gemeinsame Zukunft in Österreich haben. Dafür müssen die betroffenen Unternehmen aber unterstützt werden. Es braucht eine Kompensation der Kosten, die nicht am weltweiten Markt untergebracht werden können. Konkret schlägt die IV einen Industrie-De karbonisierungs-Fonds vor: „Die energieintensive Industrie soll dabei unterstützt werden, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Das würde sicherstellen, dass der Aufschwung ‚dekarbonisiert‘ gestaltet wird und Investitionen in die richtige Richtung gehen“, erklärt IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren.

Konkret soll damit die ausreichende österreichische Finanzierung bestehender Klimaschutz-Instrumente ermöglicht werden: Dabei geht es etwa um die Kofinanzierung von Projekten des Innovationsfonds des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) oder von Investitionen bei den europäischen Großprojekten IPCEI Wasserstoff bzw. Low Carbon Industries. Mit diesen Important Projects of Common European Interest werden transeuropäische Konsortien aufgebaut, die technologische Lösungen für die Herausforderungen der





Zukunft auf den Weg bringen, sie skalieren und industriell umsetzen. Zudem sollte der Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds die Erforschung, Herstellung und Nutzung von alternativen Treibstoffen vor allem für die Luftfahrt finanziell mittragen. Ebenfalls auf der Agenda der Industrie: Das Emissionshandelssystem erlaubt es EU-Ländern, Unternehmen Beihilfen zu gewähren, um die

„Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit.“

Georg Knill
IV-Präsident

durch das ETS verursachten Strompreiserhöhungen zu kompensieren. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und verhindert die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Regionen mit geringeren Klimaschutzanforderungen (Carbon Leakage). Finanziert werden könnte dieser Ausgleich mit Mitteln aus dem Fonds. Zudem sollte dieser genutzt werden, um klimapolitisch bedingte Kosten für die CO₂-reduzierte Produktion über einen längeren Zeitraum auszubalancieren.

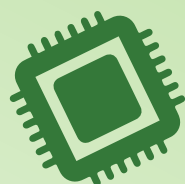
Belastungen begrenzen

Notwendig ist aus Sicht der Industrie auch eine entsprechende Ausrichtung geplanter Gesetzesvorhaben. Beim Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) steht der Umbau des Energiesystems in Richtung Klimaneutralität außer Streit. Das EAG muss aber Planungssicherheit

auch für die Industrie gewährleisten, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat. Entscheidend ist die Versorgungssicherheit. Um Blackouts vermeiden zu können, muss der Ausbau erneuerbarer Energieproduktion vom Ausbau entsprechender Infrastrukturen begleitet werden. Bei den Förderungen für erneuerbare Energieträger fordert die Industrie, dass die Belastungen für private und betriebliche Energiekunden auf eine Milliarde Euro pro Jahr begrenzt werden.

Ein wichtiges Thema ist auch die Dauer von Genehmigungsverfahren, etwa für Wasserkraft- oder Windkraftwerke. „Wenn die Dauer der Genehmigungsverfahren nicht einschätzbar ist, werden Projekte nicht realisiert. Das gilt für Energieerzeugungsanlagen genauso wie für die Energie-Infrastruktur“, warnt Neumayer. Er erinnert daran, dass der Bau der 380-kV-Leitung in der Steiermark über 20 Jahre gedauert hat und dass in Salzburg das aktuelle 380-kV-Projekt zur Umweltverträglichkeitsprüfung bereits 2012 eingereicht wurde.

IV-Präsident Georg Knill resümiert: „Es ist wichtig, dass Österreich an europäischen Konsortien zur Stärkung strategischer europäischer Wertschöpfungsketten offensiv teilnimmt. Das Interesse und die Technologiekompetenz der Unternehmen sind jedenfalls vorhanden. Der österreichische Aufbau- und Resilienzplan bietet die Chance, diese neuen Projekte zu finanzieren. Nun liegt es an der Politik, die neuen IPCEIs prioritär im Aufbauplan zu positionieren.“ Für ihn ist zudem klar: „Nachhaltigkeit ist ein zentrales Anliegen für Österreichs Unternehmen, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial. Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit. Wir haben nicht nur die Thunbergs dieser Welt in unseren Unternehmen, sondern auch die Düsentriebe, die diese mittels Innovationen auch umsetzen.“



INDUSTRIE MIT INNOVATION AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

Aus CO₂ wird hochwertiger Kunststoff

Lafarge, OMV, VERBUND und Borealis haben 2020 das Projekt „Carbon2Product-Austria“ gestartet. Ziel ist die Schaffung einer sektorenübergreifenden Wertschöpfungskette sowie die Errichtung einer Anlage im industriellen Maßstab bis 2030, welche eine Abscheidung von nahezu 100 Prozent des jährlichen Ausstoßes von rund 700.000 Tonnen CO₂ im Lafarge Zementwerk Mannersdorf ermöglicht. Das abgeschiedene CO₂ stünde so als wertvolle Ressource zur Verfügung, denn mithilfe von Wasserstoff wird das abgeschiedene CO₂ zu Kohlenwasserstoffen verarbeitet. Hierbei kommt grüner Wasserstoff zum Einsatz, der durch VERBUND in einem Elektrolyseprozess auf Basis von Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Diese Kohlenwasserstoffe werden im weiteren Produktionsprozess in erster Linie für die Herstellung hochwertiger Kunststoffe (OMV, Borealis) genutzt. Das Endprodukt basiert somit auf erneuerbarer Energie und zeigt damit einen funktionierenden Kreislauf von CO₂ auf.

Klarer Plan zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion

Die Politik hat ambitionierte Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen gesetzt. voestalpine sieht sich als Teil der Lösung und hat mit greentec steel einen klaren und ambitionierten Plan zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion entwickelt. Neben der Optimierung der bestehenden Hochofenroute plant voestalpine zunächst den schrittweisen Umstieg von der kohlebasierten Hochofen- auf eine grünstrombasierte Elektrostahlroute. Durch die Anwendung innovativer Produktionstechnologien könnten die CO₂-Emissionen bis 2030 jährlich um rund drei bis vier Mio. Tonnen bei gleichzeitiger Beibehaltung der höchsten Produktqualität gesenkt werden. Langfristig wird angestrebt, den Einsatz von grünem Strom und grünem Wasserstoff im Stahlerzeugungsprozess sukzessive zu erhöhen und so bis 2050 CO₂-neutral zu produzieren. Dazu werden auch umfangreiche F&E-Projekte durchgeführt. Die Umsetzung all dieser Vorhaben ist abhängig von energie-, klima-, wirtschafts- und industriepolitischen Rahmenbedingungen auf nationaler und EU-Ebene.

Präsenzlehre ist durch nichts zu ersetzen

Wie das restliche Schuljahr noch gerettet werden kann und welche Lehren aus den vergangenen Monaten gezogen werden müssen, haben IV-Bildungsexperten analysiert.

Schulen zu, Schulen auf, Sommerschule, Herbst-Lockdowns, aus den Weihnachtsferien ins Distance Learning, dann Schichtbetrieb und nun eine Mutation, die zusehends überhandnimmt. Im April befand sich Ost-Österreich wieder im harten Lockdown mit Distance Learning, in Restösterreich wurde der Schichtbetrieb fortgeführt. Perspektive? Ungewiss. Es ist anzunehmen, dass die epidemiologische Lage wohl auch bis auf Weiteres keine Verschnaufpause oder auch nur Planungssicherheit im Bildungsbereich zulassen wird. Nach einem Jahr Pandemie liegen die Nerven der Betroffenen blank, der volkswirtschaftliche Schaden von Schulschließungen ist erwiesenermaßen enorm und die Zunahme psychologischer Probleme alarmierend.

Wichtige Initiativen gesetzt

Gleichzeitig ist – nicht zuletzt auf Initiative der Industriellenvereinigung – in den vergangenen Monaten Positives gelungen: Ein „Rettungsschirm Bildung“ finanziert mit 200 Mio. Euro zusätzliche Förderstunden zum Aufholen entstandener Bildungsdefizite, Summer Schools werden quantitativ wie qualitativ ausgebaut und der Notenschluss verschoben, um das Schuljahr voll auszunützen. Infrastrukturelle Rahmenbedingungen

(Stichwort: Endgeräte) wurden laufend verbessert und Pädagogen durch Fortbildungen beim Digi-Teaching unterstützt. Systematische Teststrategien ermöglichen (theoretisch) einen halbwegs geordneten Schichtbetrieb und ein Großteil des pädagogischen Personals an Schulen und Kindergärten wurde bereits geimpft.

Fest steht aber: Präsenzlehre ist durch nichts zu ersetzen. Für das verbleibende Sommersemester müssen daher weiterhin sämtliche Anstrengungen einem möglichst geregelten Bildungsbetrieb gelten. Mit der gleichen Intensität muss nun aber auch über den Sommer hinaus gedacht werden.

Erfahrungen aus Corona-Zeit systematisch aufarbeiten

Erstens: Die sogenannte Bildungsschere, bei der das „Zurücklassen“ schwächerer Kinder und Jugendlicher in Kauf genommen wird, gab es im österreichischen Schulsystem bereits vor Corona – mit einem weiteren Auseinandergehen ist daher zu rechnen. Bildungsdefizite müssen somit nicht nur unmittelbar aufgeholt werden, sondern künftig auch nach Kräften verhindert werden. Zweitens: Das Potenzial des pandemiebedingten „Kaltstarts“ im Bereich der digitalisierten (Aus-)



Bildung muss nachhaltig genützt und institutionell verankert werden. Und nicht zuletzt drittens: Viele Problemfelder, aber auch Best Practices, rückten pandemiebedingt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit: Das in vielen Texten bemühte „Brennglas“ dieser

Pandemie kann nur dann wirklichen Nutzen bringen, wenn die Erfahrungen aus der Corona-Zeit systematisch aufgearbeitet werden. Wenn man zukünftig Entscheidungen für ein modernes Bildungssystem treffen will, ist das unumgänglich.

AKTUELLES IN KÜRZE

Österreich bei IPCEI Mikroelektronik dabei

Im März hat die Europäische Kommission die österreichische Teilnahme an einem paneuropäischen Schlüsselvorhaben zur Weiterentwicklung des europäischen Mikroelektroniksektors genehmigt. Nach der Bewilligung des IPCEIs Mikroelektronik im Dezember 2018 in Europa tritt nun auch Österreich diesem „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) bei. Das Großvorhaben umfasst ein Gesamtinvestitionsvolumen von 8,4 Mrd. Euro.

Insgesamt 32 Partner aus Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich sowie Großbritannien engagieren sich beim IPCEI Mikroelektronik, darunter drei Technologie-Frontrunner aus Österreich. Im Zentrum steht die Entwicklung von energieeffizienten Chips, Leistungshalbleitern und Leistungselektronik. Mit zahlreichen Kooperationen können durch Spillover-Effekte (d.h. Abstrahleffekte)

auch weitere Wirtschaftsbereiche von dem Projekt profitieren.

IPCEI Mikroelektronik ist nach IPCEI Batterien bereits das zweite Großprojekt, an dem Österreich partizipiert. Weitere IPCEIs zu den Themen Wasserstoff, Mikroelektronik II und Dekarbonisierung sind auf europäischer Ebene in Vorbereitung. Aus IV-Sicht ist wichtig, dass Österreich an diesen Zukunftskonsortien aktiv teilnimmt, insbesondere wenn es um eine erfolgreiche Bewältigung der grünen und digitalen Transformation geht. Das Interesse und die Technologiekompetenz der Unternehmen sind jedenfalls vorhanden. Und auch der österreichische Aufbau- und Resilienzplan bietet die Chance, diese neuen Projekte zu finanzieren. Es liegt an der Politik, die neuen IPCEIs prioritär im Aufbauplan zu positionieren und damit weitere Tickets in die Zukunft zu lösen.

Gesellschaftliche Verantwortung entlang der Lieferkette

Die Kontrolle von Sozial- und Umweltstandards in Lieferketten global tätiger Unternehmen und die Prävention von Missständen sind bereits seit mehr als einem Jahrzehnt Diskussionsthema im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung. Unternehmen stehen immer wieder in der Kritik, Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden entlang ihrer Lieferketten mitzuschulden. Dabei ist Europa längst führend im verantwortungsvollen Unternehmertum.

Zahlreiche international bewährte Standards und Leitlinien zum sozial- und umweltverträglichen Management werden seit Langem in der Praxis erfolgreich angewandt. Denn aufgrund der Komplexität, Vielfältigkeit und Fragmentierung der Lieferketten galt im CSR-Management und Reporting bis jetzt der Grundsatz der Freiwilligkeit.

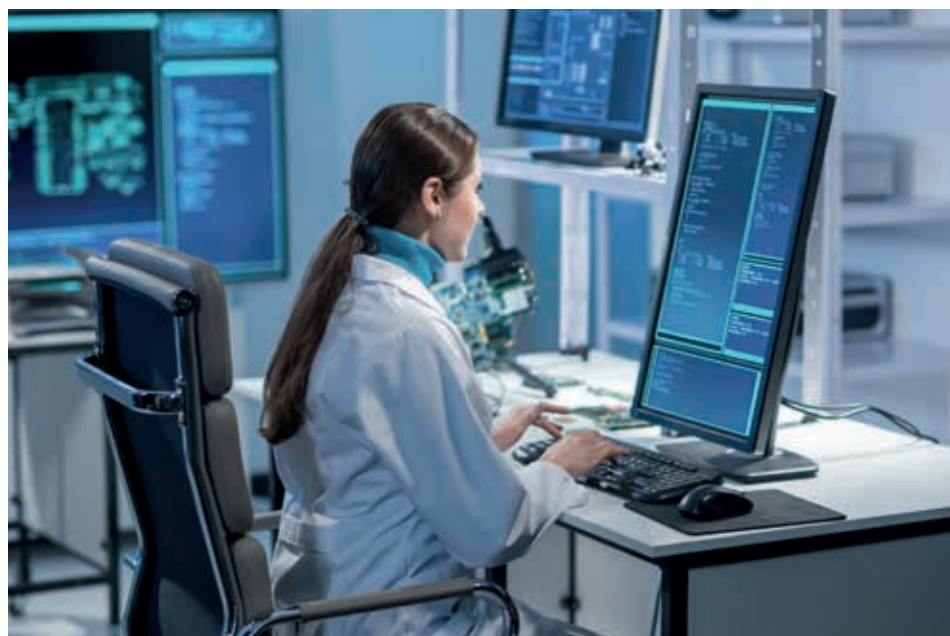
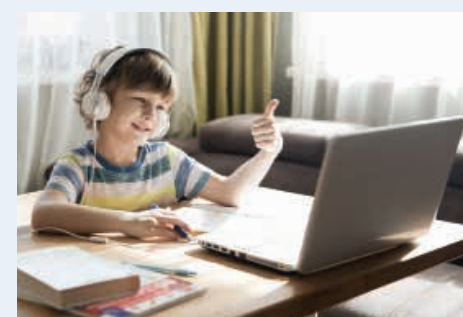
Die Europäische Kommission arbeitet aktuell im Gleichklang mit dem Europäischen Parlament an einem Gesetzesentwurf, der in den Bereichen „Sustainable Corporate Governance“ und „Due Diligence“ verpflichtende Regeln einführen will. In einigen europäischen EU-Ländern existieren bereits nationale Gesetze. Auch in Deutschland soll bis zum Herbst ein „Lieferkettengesetz“ beschlossen werden.

Die IV arbeitet intensiv daran, Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischen Gestaltungsspielraum im zukünftigen Gesetzestext sicherzustellen sowie den bürokratischen Aufwand zu minimieren und ist dazu im engen Austausch mit der europäischen und nationalen Politik und Verwaltung. Diskussionspunkte sind u.a. der Geltungs- und Anwendungsbereich, Haftungsfragen sowie Kohärenz mit anderen EU-Richtlinien.

Bitte um Unterstützung: Gebrauchte PCs, Laptops, Monitore für Schüler benötigt

Die ehemaligen Flüchtlingskoordinatoren Christian Konrad und Ferry Maier (Allianz „Menschen.Würde. Österreich“) unterstützen den gemeinnützigen Verein „PCs für alle“ bei der Suche nach gebrauchten PCs, Laptops, Monitoren und Zubehör, damit diese aufbereitet und kostenlos an Schulen, karitative NGOs sowie an finanziell schlecht gestellte Menschen weitergegeben werden können. Leider fehlen dem Verein aktuell solche Geräte zur Aufbereitung. Sollten Sie geeignetes Equipment abzugeben haben, bitten wir um

Kontaktaufnahme unter office@mwoe.at – vielen Dank!



„Nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ im Fokus

Markus Gstöttner, stellvertretender Kabinettschef und wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Sebastian Kurz, war im April Gast im JI-Bundesvorstand. Im Interview mit den „iv-positionen“ gibt er einen Ausblick auf die geplanten Schwerpunkte der Bundesregierung.

Lieber Markus, wie kann Österreich nach der akuten Gesundheitskrise wieder zu Wachstum und mehr Beschäftigung finden?

Es wird wichtig sein, mit der fortschreitenden Durchimpfung auch die Lockerung der bestehenden COVID-Maßnahmen so verantwortungsbewusst und schnell wie möglich umzusetzen. Dazu gehören neben allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens auch die europäische Reisefreiheit, die besonders für ein export- und tourismusstarkes Land wie Österreich wichtig ist. Mit dieser Öffnung werden auch das wirtschaftliche Wachstum und die Entspannung am Arbeitsmarkt einsetzen. Daneben müssen wir aber auch unsere Lektionen aus der Krise lernen und umsetzen – vor allem in der Digitalisierung.

Corona hat Österreich viel Geld gekostet – wie lässt sich das gestiegene Defizit wieder in den Griff kriegen?

Das Wichtigste wird sein, dass wir rasch wieder ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen. Die Republik konnte sich dank der verantwortungsbewussten Haushaltspolitik der letzten Jahre die gesamte Corona-Pandemie hindurch zu Nullverschulden und wir werden dieses Geld zurückzahlen können, wenn wir wirtschaftlich wachsen. Darüber hinaus sind die im Regierungsprogramm vorgesehenen

Reformen zur Reduktion der öffentlichen Ausgaben auch in dieser Phase wichtig, so wie auch die verstärkte Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung – wird es da ausreichen, nur bei der Verwaltung anzusetzen?

Nein, es gibt unterschiedliche Bereiche, in denen die Bundesregierung hier arbeitet. Wichtig sind besonders der Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitband), die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung und verstärkte Digitalisierung in der Bildung. Weiters spielt natürlich auch die Stärkung der öffentlichen Kompetenzen im Bereich Cybersicherheit eine wichtige Rolle. Wo immer möglich, wollen wir auch heimische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Geschäftsmodelle und Prozesse zu digitalisieren.

Stichwort Wachstum: Ganz Europa kommt, etwa im Vergleich mit den USA und China, zunehmend unter Druck – sind wir sozusagen am absteigenden Ast?

Österreich und Europa haben hier grundsätzlich gute Voraussetzungen im internationalen Wettbewerb – Rechtsstaatlichkeit, einen der größten Binnenmärkte der Welt und führende Sozialstandards. Gleichzeitig müssen wir es wieder schaffen, diese

bestehenden Stärken mit einem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und einem selbstbewussten Auftreten in der Welt zu vereinbaren. Wir müssen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und gemeinsame Standards schaffen, an die sich dann auch alle halten. Wir müssen die Digitalisierung in der öffentlichen Infrastruktur und Verwaltung vorantreiben und sie damit auch in der Wirtschaft verstärkt unterstützen. Und wir müssen unsere Klimaziele auf eine Art und Weise erreichen, die den Standort Europa weiter stärkt und Wertschöpfung sichert.



ZUR PERSON Markus Gstöttner

Stellvertretender Kabinettschef und wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Sebastian Kurz



Aus der Krise lernen?

Bei einer Sitzung des JI-Bundesvorstandes konnten wir mit Markus Gstöttner (siehe Interview) diskutieren – die Frage, ob wir wirklich aus der Krise lernen werden, beschäftigt mich dabei am meisten.

Im Gespräch haben wir beispielsweise auch die Themen digitaler Hilfsmittel im Rahmen der Pandemie besprochen, sei es Stopp-Corona-Apps oder etwa ein digitalisiertes, zentrales Impf-Management. Bei uns in Europa war hier vieles nicht möglich, was anderswo gelungen ist, Stichwort Datenschutz und entsprechende Sorgen der Bürger. Ein solider Datenschutz kann auch eine Stärke als Standort sein, aber natürlich muss in Krisenzeiten doch Handlungsfähigkeit gegeben sein. Das Gleiche gilt auch für den Föderalismus. In Deutschland wird das bereits intensiv diskutiert: Föderale Strukturen können Vorteile bringen, in großen Krisen wäre aber vielleicht ein bisschen mehr bundesstaatliche Handlungsfähigkeit zu wünschen.

Klar, als Erstes ist nun zu hoffen, dass die Impfkampagne wirklich Fahrt aufnimmt, damit wir im Sommer/Herbst aus dem Schlimmsten draußen sind. Aber dann werden wir auch in Österreich diese und viele weitere Fragen intensiv diskutieren müssen. Denn wenn wir es nicht schaffen, in Veränderungen vor allem große Chancen zu sehen, wäre das kontraproduktiv. Es wird nicht die letzte Herausforderung sein – gemeinsam können wir die (digitale) Zukunft aber meistern!

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

JI-Wien im Gespräch mit Fridays for Future

Ende März diskutierte die JI-Wien mit Adrian Hiss, Aktivist von Fridays for Future (FFF), über das Schicksal der FFF-Bewegung in Zeiten von Corona, das politische Programm der jungen Klimademonstranten und die Rolle der Industrie für die Klimawende.

Im Gespräch mit JI-Wien-Vorstandsmitglied Ludwig Malina-Altzinger schilderte Hiss, dass das Pariser Klimaziel von 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau im Zentrum aller politischen Bemühungen stehen müsse. Dafür sei Klimaneutralität bis 2030 – so eine zentrale Forderung von FFF – unumgänglich, was nur durch radikale Maßnahmen wie das Ende „fossiler Großprojekte“ oder eine „Ressourcenbesteuerung der fossilen Industrie“ erreicht werden könne. Angesprochen auf die ökonomische und

soziale Tragweite vieler Forderungen der Gruppierung betonte Hiss die Bedeutung von „Klimagerechtigkeit“, also einer Bewältigung der Klimakrise, die soziale Erwägungen miteinbezieht. Die Corona-Pandemie würde hier eine Chance bieten, durch gezielte Förderungen nachhaltige Investitionen zu unterstützen. Die österreichische Industrie könne bei der Klimawende ein wichtiger Partner sein und im Dialog mit der Klimabewegung innovative Lösungen entwickeln, die Ökonomie und Ökologie unter einen Hut bringen.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@ivat, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/Energie Burgenland, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/Stock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/ AdobeStock, IV-Wien/iStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



JI-FACTBOX

Eine Milliarde Euro zusätzlich pro Jahr stünde für die Elementarpädagogik in Österreich zur Verfügung, wenn Österreich zumindest so viel in frühkindliche Bildung investieren würde wie der Schnitt der EU-Staaten. (OECD, Family benefits public spending 2019)

Die „Wien 2030“-Leitprojekte der „Smarten Produktion“ stellen sich vor



Die Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“ lebt von ihren Leitprojekten, also jenen Projekten und Initiativen, die vom Wirtschaftsbeirat der Stadt Wien („Vienna Economic Council“) wegen ihres Beschäftigungs-, Innovations- und Wertschöpfungspotenzials als besonders bedeutend für die Erreichung der Strategieziele eingestuft werden. Die iv-positionen stellen im Folgenden die aktuellen Leitprojekte des Spitzenthemas „Smarte Produktion in der Großstadt“ vor, das von der IV-Wien koordiniert wird.



EIT Manufacturing Co-Location Center East

Das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) ist Teil von Horizon Europe, dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, und unterstützt die Entwicklung dynamischer europaweiter Partnerschaften. EIT Manufacturing ist eine Innovationsgemeinschaft des EIT mit dem Ziel, europäische Vertreter der Fertigungsindustrie in Innovationsökosystemen zusammenzubringen, um die Wertschöpfung ihrer Produkte, Prozesse und Dienstleistungen zu erhöhen und gleichzeitig Europas Fertigungsindustrie wettbewerbsfähig und nachhaltig wirkend zu gestalten. EIT Manufacturing East ist eines der fünf Co-Location Centers (CLC) von EIT Manufacturing mit Sitz im Technologiezentrum Seestadt in Wien und zuständig für 12 Länder in Zentral- und Osteuropa. Das CLC East arbeitet intensiv mit seinen Partnern aus Industrie, Forschung und Academia zusammen und wird von der Wirtschaftsagentur Wien, der FFG sowie mehreren österreichischen Bundesministerien unterstützt.

Nähere Informationen unter: <https://eitmanufacturing.eu/>



Made in Vienna

Die Kampagne „Made in Vienna“ ist eine Initiative von IV-Wien, Wirtschaftskammer Wien und Wirtschaftsagentur Wien mit dem Ziel, mehr Bewusstsein für die Leistungen von produzierenden Unternehmen in Wien zu schaffen und auf ansprechende Art vor Augen zu führen, dass hohe Lebensqualität und Produktion in der Stadt kein Widerspruch sind. In den vergangenen Jahren wurden bereits zwei erfolgreiche Kampagnen durchgeführt, bei denen zahlreiche Wiener Leitbetriebe vor den Vorhang geholt und den Wienern die Leistungsfähigkeit der Wiener Produktionsbetriebe in vielfältiger Weise – etwa durch ein Quiz in Spielkartenform – nähergebracht wurden. „Made in Vienna“ ist auch Teil des Wiener Standortabkommens, einer Vereinbarung zwischen Stadt Wien und IV-Wien, die zuletzt im Jahr 2018 erneuert wurde. Der nächste Durchgang der Kampagne ist bereits in Planung.



Happy Lab

Das HappyLab ist eine Innovationswerkstatt, in der jeder – vom Bastler übers Start-up bis hin zum KMU – mit modernsten Maschinen Prototypen oder auch Kleinserien produzieren kann. Durch dieses Angebot soll die Lücke zwischen klassischen „Makerspaces“ und der industriellen Fertigung geschlossen und einer breiteren Gruppe von Menschen der Zugang zum Produzieren ermöglicht werden. Nach der Eröffnung des neuen, größeren Standorts in Wien-Leopoldstadt will das HappyLab den „Maker Spirit“ nun auch durch eigens konzipierte Schüler- und Lehrer-Workshops in das Bildungssystem tragen, um bei Kindern und Jugendlichen bereits in jungen Jahren das Interesse und die Freude am Forschen, Entwickeln und Bauen zu wecken. Ein besonderer Fokus ist zudem die Förderung von Frauen, um den Gender-Gap in der „Maker-Szene“ zu reduzieren und so zusätzliches Innovationspotenzial zu fördern.

Nähere Informationen unter: www.happylab.at

Leonardino & Galilea sind zurück!

Das Wiener Bildungsprojekt „Leonardino & Galilea“, initiiert von IV-Wien, Wirtschaftskammer Wien und Festo, startet wieder voll durch.

Luft und Strom: so lauten die Themen der Experimentierboxen, die seit 2007 von den Initiatoren im Rahmen des Projekts „Leonardino & Galilea“ an alle städtischen Wiener Volksschulen verteilt wurden. Boxen zum Thema Bionik folgen sukzessive. Im vergangenen Jahr mussten die namensgebenden Maskottchen aufgrund der COVID-19-Pandemie eine unfreiwillige Pause einlegen, war doch das gemeinsame Experimentieren und Forschen in den Schulklassen unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Die Pause wurde aber gut genutzt und das Projekt wird – nach einer gründlichen Evaluierung – im nächsten Schuljahr mit besonderem Fokus auf 140 spezielle Projektklassen wieder aufgenommen. Noch vor dem Neustart stehen im Frühjahr zwei Online-Workshops auf dem Programm, in denen die Projekt-Lehrer den fachgerechten Einsatz der Experimentierboxen im Unterricht erproben können.

Ein Erfolgsprojekt mit Tradition

Das Projekt „Leonardino & Galilea“ hat sich seit dem Start im Jahr 2007 zu einem Vor-

zeigeprojekt des Wiener Bildungsstandorts entwickelt. Getragen von Akteuren aus Wirtschaft und Industrie, ist es erklärtes Ziel der Initiative, Naturwissenschaft und Technik nachhaltig in den Wiener Volksschulen zu verankern, um im Unterricht den Entdeckergeist der Kinder zu wecken und ihnen in anschaulicher Weise die Faszination von Technik näherzubringen.

Die Experimentierboxen bilden den Kern des Projekts, darüber hinaus werden die Lehrer aber auch durch Schulungen gezielt auf deren Anwendung im Unterricht vorbereitet. Als besondere Unterstützung stehen dabei zusätzlich Schüler des TGM Wien als sogenannte „Leonardino Checker“ bereit, um im Unterricht beim Einsatz der Experimentierboxen zu assistieren. Ein besonderes Highlight des Angebots ist zudem der „Leonardino Contest“, der bislang alle zwei Jahre stattfand und in Zukunft jährlich als Wettbewerb für die jungen Nachwuchsforscher der Wiener Volksschulen ausgerichtet wird.



Fit für die nächste Krise?

Ein Plädoyer für ein „neues Normal“



Es ist leider der von vielen prognostizierte Marathon geworden: Die Corona-Pandemie hat sich zu einer überaus wandelbaren, raffinierten Hydra entwickelt. Und wer hier nicht gut gerüstet ist, bekommt die Krise in immer neuen Facetten und mit voller Wucht zu spüren. Aber ist die aktuelle Situation nicht vielleicht auch ein möglicher Probelauf für die nächste Krise? Denn die viel wichtigere Frage ist eigentlich: Was können wir daraus lernen?

Wenn man dem Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx und seinen postulierten „vier Corona-Phasen“ ein wenig Glauben schenken darf, dann befinden wir uns gerade zwischen der dritten und vierten: Nach der „Anfangseuphorie: Ready to fight!“ sowie der „Gewöhnungsphase/Routinen setzen sich durch“ durchleben wir gefühlt gerade die dritte Phase „Erschöpfung und Bezichtigung: Die Nerven gehen verloren“, bevor wir dann in Phase vier „Heimkehr und Hoffnung: Entstehen des neuen Normal“ übergleiten. Der Gedanke an eine neue Normalität ist ein überaus interessanter. Denn gerade jetzt tun sich unzählige Gräben auf und es zeigen sich enorme strukturelle Herausforderungen im Zusammenspiel der beteiligten Akteure. Für ein besseres Zusammenwirken der Kräfte im „neuen Normal“ sollten schon jetzt – also während der aktuellen Krise – die wesentlichen Weichenstellungen vorgenommen werden.

Was aber passiert derzeit? Der weit verbreitete Ansatz, Krisen oder globale Herausforderungen unserer vernetzten Welt einfach „wegzuverwalten“, wird nach wie vor zelebriert. Doch es bedarf eines konzertierten Zusammenspiels von Staat und privatwirts-

chaftlichem Know-how, um das Umsetzungsmanagement entscheidend zu verbessern. Zudem müssen marktwirtschaftliche Tugenden an den Tag gelegt werden: mehr Technologieoffenheit und Flexibilität inklusive neuer Fehlerkultur und weniger Risikoaversion. Zusätzlich ist hier auch das Demokratie- und Staatsverständnis gefragt und was jeder Einzelne für den Staat sowie das Gemeinwohl machen kann.

Ein Beispiel dafür: Testen und Impfen wäre nach wie vor das Rezept der Stunde. Ausreichend Testmöglichkeiten gibt es hierzulande bereits – auch in heimischen Unternehmen. Aber wesentlich wichtiger ist: Es muss so schnell wie möglich Licht am Ende des „Impftunnels“ geben und die Verantwortlichen müssen ihre Impfstrategie grundlegend adaptieren und vor allem beschleunigen. Denn erst eine ausreichende COVID-19-Herdennimmunität wird den Konjunkturmotor wieder zum Laufen bringen.

Und was lernen wir nun aus der aktuellen Situation? Das zuvor skizzierte „neue Normal“ sollte das bloße „Wegverwalten“ großer, komplexer Herausforderungen ersetzen. Das erfordert aber schnellstmöglich einen

Reset – orchestriert zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmen und Bürgern. Diese komplexen Zukunftsthemen brauchen definitiv auch den Einsatz von Spezialisten mit Managementenerfahrung. Und wenn das Erreichen gemeinsam vereinbarter Ziele zudem mit marktwirtschaftlichen Aspekten wie Leistungsanreizen oder Gewinnorientierung erweitert wird, umso besser!

Die nächste Krise steht jedenfalls nicht mehr nur vor der Tür, sie hat schon ordentlich an Fahrt aufgenommen: Diese noch größere Herausforderung – die Klimakrise, samt Dekarbonisierung zahlreicher Wirtschafts- und Lebensbereiche – sollten wir tunlichst in einem neuen und produktiveren Setup angehen, als wir es jetzt mit Corona & Co machen.

Ihr

Christian C. Pochtl,
Präsident der IV-Wien

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

Neuburger Fleischlos zu Gast bei der JI-Wien

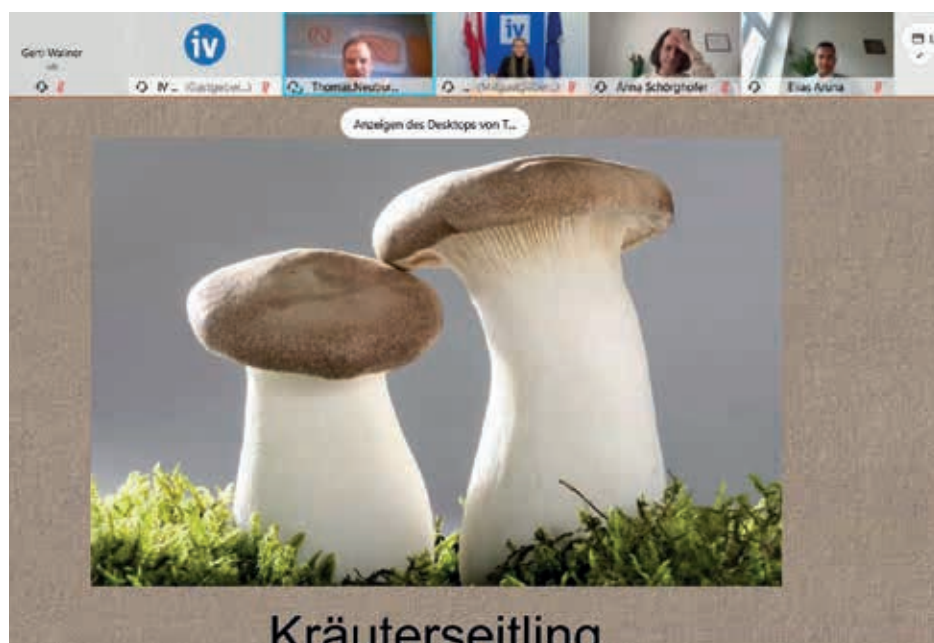
Anfang März hatten die Mitglieder der Jungen Industrie Gelegenheit, sich im Gespräch mit Thomas Neuburger, JI-Mitglied und Geschäftsführer der Neuburger Fleischlos GmbH, über die Geschichte des Mühlviertler Traditionsunternehmens und den wachsenden Markt für Fleischersatzprodukte austauschen.

Der Name „Neuburger“ steht synonym für den Edelleberkäse des gleichnamigen Familienunternehmens aus Ulrichsberg (OÖ). Doch mit der Marke „Hermann“ setzt die namensge-

bende Familie seit einigen Jahren ganz auf Nachhaltigkeit und ist im Markt für Fleischersatzprodukte mittlerweile mit sechs Produkten vertreten – von der fleischlosen Käsebratwurst bis hin zum Schnitzel. Im Gespräch mit Valerie Zupancic, stellvertreten-

de Vorsitzende der JI Wien, erklärte Thomas Neuburger, wie es zu diesem Schritt kam, warum der Kräuterseitling die ideale Zutat ist und wie das Unternehmen sich in Zukunft noch mehr in Richtung Veggie-Produkte entwickeln will.

Der Talk mit Thomas Neuburger war Teil des Veranstaltungsprogramms zum Thema „Klima & Umwelt“, dem sich die Junge Industrie Wien in diesem Jahr – neben der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ – schwerpunktmäßig widmet.



Der Kräuterseitling – Star der Fleischlosmarke „Hermann“



Thomas Neuburger



Gebhard Ottacher (links) und Severin Broucek

Bildung ist eine Notwendigkeit

Gebhard Ottacher, Geschäftsführer, und Severin Broucek, designerter Geschäftsführer von Teach for Austria, sprachen mit den iv-positionen über die bisherige Entwicklung des Projekts, die nächsten Schritte und welche Rolle Wirtschaft und Industrie dabei spielen.

Teach for Austria feiert bald sein zehntes Jahr und ist zu einer wahren Erfolgsgeschichte und fixem Bestandteil der österreichischen Bildungslandschaft geworden. Auch die Expansion von Wien in zwei weitere Bundesländer ist gelungen, 2019 wurden erstmals Fellows in Kindergärten tätig. Wie zufrieden sind Sie und was werden die nächsten großen Schritte sein?

Wir freuen uns, dass wir uns im bestehenden System etablieren und die Bildungslandschaft in Österreich vielfältiger machen konnten. Wir haben mit unserer Arbeit seit unserer Gründung circa 40.000 Kinder in sozial hoch belasteten Kindergärten und Schulen erreicht. Seit unserer Gründung waren knapp 400 top qualifizierte Hochschulabsolventen im Rahmen unseres Fellowprogramms als Vollzeitlehrkräfte und -pädagoginnen und -pädagogen im Einsatz und haben sich für Chancengleichheit eingesetzt. Jeder dritte Fellow bleibt über das Programm hinaus an ihrer bzw. seiner Schule. Die Fellows werden von den Schulen und Kindergärten und den regulären Lehrkräften und Pädagoginnen und Pädagogen durch ihr Engagement und ihre zusätzlichen Erfahrungen und Perspektiven als wichtige Bereicherung wahrgenommen. Zusätzlich wurden von Teach For Austria Alumni zahlreiche erfolgreiche Bildungsinitiativen wie die „Vienna Hobby Lobby“, „more than one perspective“ oder „everyone codes“ gegründet.

Als Nächstes planen wir den Schritt in die Steiermark, auch hier gibt es viele Schulen mit besonderen Herausforderungen und viele Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die sich engagieren möchten. Mittelfristig möchten wir den Einsatz von Fellows auch an Volksschulen ermöglichen.

Und ganz aktuell kommt es bei uns zu einer Staffelübergabe. Gebhard Ottacher wird im

zehnten Jahr die Geschäftsführung an Severin Broucek übergeben.

Welche Auswirkungen hatte bzw. hat die COVID-19-Pandemie auf Ihre Arbeit? Denken Sie, dass die Erfahrungen aus der Krise zu nachhaltigen Änderungen für Teach for Austria bzw. im Bildungsbetrieb allgemein führen werden?

Die Auswirkungen für uns als Organisation waren, wenn auch im Vergleich zu denen auf Kinder und Lehrkräfte weniger dramatisch, doch massiv. Wir konnten aber unsere tägliche Arbeit recht rasch auf Remote Work umstellen, die nötigen Tools und die Erfahrung waren schon vor der Pandemie gegeben. Unser aufwändiger Bewerbungs- und Auswahlprozess (wir erhalten pro Jahr ca. 1.000 Bewerbungen für etwa 70 Programmplätze) musste ebenso sehr schnell auf virtuelle Formate umgestellt werden.

Da wir zu ca. 80 Prozent von Großspendern finanziert werden, ist deren wirtschaftliche Situation auch für uns entscheidend. Hier hoffen wir auf zusätzliche Partner, die sich dem Kampf um faire Bildungschancen anschließen wollen. Auch die Recruiting-Situation ist durch die massive Ungewissheit am Arbeitsmarkt schwieriger geworden. Junge Akademikerinnen und Akademiker in bestehenden Arbeitsverhältnissen zögern, ihren Karrierepfad derzeit zu verlassen.

Aber die Herausforderungen an unseren Einsatzschulen und -kindergärten sind noch größer: Den Kindern fehlt die Schule als sicherer Rückzugsort zum Lernen, die technische Ausstattung zu Hause ist oft mangelhaft, und die Eltern – oft selbst in systemrelevanten Jobs tätig – können ihre Kinder beim Homeschooling nicht adäquat unterstützen. In der jetzigen Situation zeigt sich noch stärker als zuvor, wie wichtig engagierte Pädagoginnen

und Pädagogen für den Bildungserfolg der Kinder tatsächlich sind.

Teach for Austria hat die „Vision 2050“ ausgegeben: Jedes Kind soll die Chance auf ein gutes Leben haben, unabhängig von Bildung oder finanzieller Situation der Eltern. Welche Rahmenbedingungen braucht es dafür?

Die Aufgabe ist tatsächlich so groß, dass sie von keiner Organisation alleine bewältigt werden kann. Zuerst braucht es das gesellschaftliche Bewusstsein, dass jedes Jahr tausende Kinder unsere Pflichtschulen ohne ausreichend entwickelte Basiskompetenzen verlassen und nicht weiterlernen – mit fatalen Auswirkungen auf ihre persönliche Situation und auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich.

Nur durch einen gemeinsamen Einsatz der Politik, der Zivilgesellschaft und der österreichischen Unternehmen kann es gelingen, diese große Vision bis 2050 Wirklichkeit werden zu lassen. Für diese Arbeit braucht es auch die Rahmenbedingungen, etwa die steuerliche Gleichstellung von Bildungs-NGOs mit anderen gemeinnützigen Organisationen – die Spenden an uns sind nach wie vor nicht steuerlich absetzbar.

Welche Rolle spielen Wirtschaft und Industrie? Was können Unternehmen für eine bessere Bildung tun und was können sie für Ihr Projekt leisten?

Unsere Arbeit wäre ohne die Unterstützung unserer Partner nicht möglich. Unternehmen und Stiftungen wie Miba, Greiner, Umdasch, Swarovski, Heinzl, Berndorf, RHI, Kahane, Mondi und viele andere mehr – wie auch die IV-Wien – leisten damit schon seit Jahren einen wichtigen Beitrag, weil sie die Notwendigkeit genauso sehen wie wir – nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch der Wirtschaftlichkeit.

INFORMATION

2050: Jedes Kind hat die Chance auf ein gutes Leben – egal, wie viel Geld oder Bildung seine Eltern haben. Das ist die Vision der gemeinnützigen Organisation Teach For Austria. Pädagogen sind ein wichtiger Schlüssel, um dorthin zu kommen. Kern der Arbeit von Teach For Austria ist deshalb das sogenannte Fellowprogramm. Dieses zweijährige Leadership-Programm bringt besonders engagierte Hochschulabsolventen unterschiedlichster Fachrichtungen als Vollzeit-Lehrkräfte an herausfordernde Schulen und seit Herbst 2019 auch als Pädagogen an Kindergärten. Hier arbeiten sie mit Kindern und Jugendlichen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien, die ein hohes Risiko für einen frühen Ausbildungsabbruch haben.

Mit 1. Juli 2021 wird Severin Broucek die Geschäftsführung von Teach For Austria übernehmen. Der 45-jährige Wiener ist Vater von zwei Söhnen, hat an der Universität Wien, der Diplomatischen Akademie und der Ashridge Business School (UK) studiert. Er blickt auf jahrzehntelange internationale Erfahrung im Bankensektor zurück und kommt – wie sein Vorgänger Gebhard Ottacher – als Quereinsteiger in den Bildungsbereich.

Bis 9. Mai läuft noch die finale Bewerbungsphase für den Fellowjahrgang 2021. Interessierte (Jung-)Akademiker können sich bewerben, unter:

www.teachforaustria.at/jetzt-bewerben